

AUS DER NACHBARSCHAFT

26.02.2015



Neue Interessenten aus Fernost

Chinesische Investoren planen Bewerbung um Büdinger Kaserne

Büdingen (jek). Chinesische Investoren haben offenbar Interesse an einem Engagement auf dem Gelände der Armstrongkaserne in Büdingen. Das berichtet der Rathauschef der Stadt, Erich Spamer. Auch aus Kreisen des Grundstückseigentümers ist zu hören, dass sich ein entsprechender Investor für das Gelände interessiert und plane, sich im Rahmen der laufenden Ausschreibung zu bewerben.

Details, welche Pläne die Asiaten auf dem Areal möglicherweise verfolgen, waren noch nicht zu erfahren. Alle Beteiligten tasten sich behutsam an die möglichen Interessenten heran – auch, um sie nicht zu verschrecken. Zumindest Spamer räumt ein, dass man bislang kaum Erfahrung mit chinesischen Partnern und deren Kultur habe sammeln können.

Näheres will der Bürgermeister wohl in der kommenden Woche besprechen. Dann, berichtet Spamer, stünde ein gemeinsamer Termin bei der Industrie- und Handelskammer Friedberg/Gießen an. Dort wolle man gemeinsam mit Wirtschaftsvertretern, der Wetterauer Ausländerbehörde und dem Gießener Regierungspräsidium über das Vorhaben sprechen. Bis Ende März läuft die Ausschreibung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, der Eigentümerin der einstigen Kaserne.

Bislang schwebt zumindest dem Gießener Regierungspräsidium (RP) eine Gesamtvermarktung des Geländes vor. Der Bund hatte der Behörde der Hessischen Landesverwaltung die Nutzung der einstigen Militärbasen in seinem Bestand angeboten, um dem steigenden Flüchtlingsströmen zu begegnen. Das RP plant, auf einem Teil der einstigen Armstrong-Barracks eine weitere Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge zu eröffnen, ähnlich der bestehenden in Gießen. Die Verwendung der übrigen Fläche soll – auch über das kommunale Baurecht – gemeinsam mit der Stadt näher bestimmt werden.

Nicht von ungefähr freut sich der Rathauschef über mögliche neue Interessenten: Jüngst hatte der Wetteraukreis Interesse an einem Teil der Kaserne signalisiert. Auch, um dort Flüchtlinge unterzubringen, dann jedoch dauerhaft. Denn es fehlt nicht nur im Kreis an ausreichend Wohnfläche für die Neuankömmlinge. Auch die Kommunen der Wetterau sind nicht durchweg in der Lage, genügend Platz für die Männer, Frauen und Familien zur Verfügung zu stellen.

Dennoch bestand zwischen Büdingens Rathauschef und dem Gießener Regierungspräsident Lars Witteck die Übereinkunft: Entschließt sich Büdingen, eine Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Kasernengelände zu tolerieren, bliebe die Stadt von weiteren Zuweisungen an Flüchtlingen verschont.

Die Pläne des Kreises hätten diese Vereinbarung jedoch mehr oder minder ausgehöhlt. Entsprechend habe der Darmstädter RP, unbestätigten Quellen zufolge, über das Land Druck gemacht, um den Wetteraukreis von diesem Vorhaben abzubringen.

0 Kommentare

GNZ

Einloggen ▾

Nach Besten sortieren ▾

Empfehlen Teilen



Die Diskussion starten...

Schreiben Sie den ersten Kommentar.

AUCH AUF GNZ

WAS IST DAS?

Fall Tugce: Heftiger Streit als Auslöser? (1239072)

Ein Kommentar • vor 20 Tagen



tanja — Trotzdem keinen Grund jemanden zu schlagen... sorry ist doch nur ne Ausrede von dem ...

Geile Gaudi in Geislitz (1242884)

Ein Kommentar • vor 16 Tagen



Jörn — Was für eine dumme Überschrift...

Veritas AG entlässt hunderte Mitarbeiter (1254596)

4 Kommentare • vor 7 Tagen



Veritaner — Haltet uns bitte auf dem Laufenden, intern erfährt man ja nichts

Raubüberfall auf Netto-Markt in Kassel (1263309)

Ein Kommentar • vor 3 Tagen



Günter Lauke — Ja...hammer denn schon WEIHNACHTEN??

Abonnieren

Disqus deiner Seite hinzufügen

Datenschutz